

Durch den demografischen Wandel steigt die Zahl der pflegebedürftigen Menschen. Die Arbeitsbelastung der Pflegekräfte wird immer höher, das Gehaltsniveau bleibt niedrig.



Foto: picture alliance

PFLEGE | Beschäftigte in sozialen Berufen sind im Alter zunehmend von Armut bedroht

Frauen kümmern sich um Kinder und zu pflegende Angehörige

■ Von Esther Braun

Menschen aus den sozialen Berufen stehen schlecht da, wenn sie in Rente gehen. Haben sie sich in ihrer beruflichen Laufbahn täglich um alte und kranke Menschen gekümmert, droht ihnen gerade als Beschäftigte in diesem Bereich die Armut. Laut den aktuellsten Zahlen des Statistischen Bundesamtes sind 5,2 Millionen Menschen in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens tätig. In Krankenhäusern arbeiten 21,1 Prozent dieser Beschäftigten, 12,9 Prozent in Arztpraxen und 6,2 Prozent in ambulanten Pflegediensten. Der Anteil der Frauen liegt bei 75,9 Prozent. Forscher des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung warnen vor steigender Armut für Beschäftigte aus den sozialen Bereichen.

Der Sozialbereich weist einen traditionell hohen Frauenanteil auf. Frauen arbeiten aber häufig in Teilzeit, denn Kindererziehung und Familienpflegezeiten werden meist von ihnen geleistet. Ein guter Beleg dafür sind die Zahlen über die Inanspruchnahme des Elterngeldes im 3. Quartal 2015. So haben laut Statistischem Bundesamt im Saarland 8.690 Menschen das Eltern-

geld in Anspruch genommen, davon waren 7.672 weiblich. Dies bestätigt, dass im Besonderen die Frauen in der Familie längere Ausfallzeiten durch die Kindererziehung haben.

Aber auch durch die Versorgung der pflegebedürftigen Angehörigen werden Zeiten der Erwerbstätigkeit entweder vollkommen unterbrochen oder auf Minijobs und Teilzeitverträge reduziert. Im Dezember 2013 waren 2,62 Millionen Menschen pflegebedürftig, davon wurden 1,86 Millionen zu Hause versorgt. 1,25 Millionen haben ausschließlich das Pflegegeld erhalten, werden also nur von Angehörigen versorgt. Vergleicht man diese Zahlen mit denen der letzten Erhebung zwei Jahre früher, ist ein Anstieg von 5,4 Prozent sichtbar. Es steigt die Anzahl der Pflegebedürftigen, aber auch die Anzahl derer, von denen sie zu Hause versorgt werden. Die demografische Entwicklung schlägt sich so im Rentenniveau von Pflegekräften nieder. Sehr oft versuchen sie, den Spagat zwischen der Versorgung von Kindern, anderen Familienangehörigen und dem Berufsalltag zu schaffen. Damit dies gelingen kann, wird unter dem Gesichtspunkt von Flexibilität und Zeitaufwand eine Teilzeitstelle oder ein Minijob in Anspruch genom-

men. Oft ist schon durch das niedrige Lohnniveau bei Vollzeitarbeit eine ausreichende, private Altersvorsorge unmöglich. Bei Ausfallzeiten kann die dadurch entstehende Lücke in der späteren Versorgung nicht geschlossen werden. Im Lohnspiegel des WSI wurde errechnet, dass auch die oft befristeten Teilzeitverträge ein Lohngefälle verursachen: Durch Befristungen entsteht im Schnitt eine Verdienstverminderung um 18 Prozent, besonders hoch ist der Befristungsanteil im Bereich der Hilfeberufe und Altenpflege.

Aber auch die Tarifbindung macht einen Unterschied in Bezug auf die Finanzen. Tarifgebundene Arbeitgeber zahlen ihren Beschäftigten 24 Prozent höhere Löhne. Die Umsetzung des Prinzips der „Guten Arbeit“ wäre auch im Bereich der Pflege sehr wünschenswert. Eine Verringerung der Arbeitsbelastung durch Tätigkeitsverdichtung, Möglichkeiten zur Kinder- und Familienbetreuung und ein Lohnniveau, von dem man später noch leben kann, sollten gerade auch für Pflegekräfte möglich sein. Dann heißt es zukünftig vielleicht auch für die Beschäftigten „Gute Pflege“.

Esther Braun ist AK-Referentin für Pflege.